

# Rote Linien bürgerlicher Politik

Januar 2026

In den 2020er Jahren erleben die westlichen Gesellschaften einen politischen Pendelschlag nach rechts. Die entscheidende Frage ist, ob dieser Pendelschlag in der rechten Mitte abgefangen wird oder ob er nach rechtsaußen durchschwingt. Denn die zentrale politische Auseinandersetzung der kommenden Jahre wird auf der politischen Rechten geführt. Während die pauschale Ausgrenzung der neuen Rechten durch die „Brandmauer“ offenkundig erfolglos geblieben ist, muss bürgerliche Politik diese Herausforderung annehmen und die Auseinandersetzung offensiv mit einem klaren Profil führen, das Abgrenzungen nach rechts und nach links erfordert. Dabei sind zwei Arten von roten Linien zu unterscheiden: die Grenzen des verfassungsrechtlich Zulässigen, jenseits derer ohnehin nichts zu diskutieren ist und die für Fragen der Beobachtung durch den Verfassungsschutz oder ein mögliches Verbotsverfahren relevant sind – und die Grenzen des politisch Zustimmungsfähigen, die Positionen markieren, von denen sich bürgerliche Politik klar abgrenzt. Positionen diesseits dieser Linien sind für bürgerliche Politik Gegenstand konstruktiver Debatten. Die folgenden roten Linien umreißen diese Positionen, erheben aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

*Verfassungsgrundlagen: Grenzen zu verfassungsrechtlich unzulässigen Positionen, kein Gegenstand der demokratischen Debatte*

*Rote Linien: Grenzen zu verfassungsrechtlich zulässigen, aber für bürgerliche Politik inakzeptablen Positionen*

	Verfassungsgrundlagen	Rote Linien bürgerlicher Politik	Gegenstände der Debatte (Beispiele)
<b>MENSCHENBILD UND STAATSVERSTÄNDNIS</b>			
<b>Menschenbild</b>	<p>Würde des Menschen, Gleichwertigkeit aller Menschen, Gleichheit vor dem Gesetz</p> <p><u>Rote Linien:</u> völkisches Denken, Ungleichwertigkeit und willkürliche Ungleichbehandlung von Menschen</p>	<p>Ethnoppluralismus, kollektivistisches Denken, grundsätzliche Ablehnung der Einbürgerung von Ausländern, Debatten ad hominem: Aussagen wie „Kopftuchmädchen“, „Nazischlampe“</p>	Steuerung und Begrenzung von Migration, Einbürgerungsrecht, Leitkultur
<b>Staat, Demokratie, Institutionen</b>	<p>Freiheitlich-demokratische Grundordnung</p> <p><u>Rote Linien:</u> Staats- und Demokratiefeindschaft (Sturm auf das Kapitol; Reichsbürgerschaft; „No Borders, no Nations“, „ACAB“), Hochverrat, Unterstützung / Befürwortung von Diktaturen</p>	<p>Habitus der Verächtlichkeit und des Ressentiments; grundsätzliche Delegitimierung staatlicher Institutionen, Umgang demokratischer Parteien miteinander als Feinde statt als Gegner</p>	Kritik an Etatismus (z.B. hohe Staatsquote), Staats- und Steuerreformen, Bürokratieabbau
<b>INTERNATIONALE POLITIK</b>			
<b>Europäische Integration und Internationale Politik</b>	<p>Völkerverständigung / Friedliches Zusammenleben der Völker</p> <p><u>Rote Linien:</u> Unterstützung von Angriffskriegen, Landesverrat</p>	<p>Austritt aus der EU</p> <p>Äquidistanz zu Russland und den USA, Ukraine und Bündnispartnern, Sympathie für das Putin-Regime</p>	<p>Reformen europäischer und internationaler Institutionen, Renationalisierung einzelner Politikbereiche, Kritik an EU-Regulatorik, Stärkung des Subsidiaritätsprinzips</p> <p>Wege zur Beendigung des Krieges in der Ukraine</p>
<b>Verteidigungs-politik</b>	Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, Ausschluss von Angriffskriegen	Austritt aus der NATO, Demilitarisierung Deutschlands	transatlantische Aufgabenverteilung, Ausgestaltung der Wehrpflicht

	Verfassungsgrundlagen	Rote Linien bürgerlicher Politik	Gegenstände der Debatte (Beispiele)
<b>WIRTSCHAFT UND SOZIALES</b>			
<b>Wirtschaft</b>	Schutz des Privateigentums, der Vertragsfreiheit und der freien Berufswahl	Infragestellung grundlegender Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft	Radikalität und Ausmaß von Reformen
<b>Haushalts- politik</b>	Verantwortung für kommende Generationen	Pauschale Aufhebung der Schuldenbremse und der nachhaltigen Haushaltsführung	Neue Schwerpunktsetzungen im Haushalt, Kürzung oder Streichung bisher als staatlich betrachteter Aufgaben, Höhe der Staatsquote
<b>Sozialsystem und Subsidiarität</b>	Sozialstaatsgebot	Aufgabe des prinzipiellen Ziels der Chancengleichheit; illusorische sozialpolitische Forderungen (70 Prozent-Rentenniveau)	Umsetzung von Eigenverantwortung und Leistungsprinzip, Reform der Sozialversicherungssysteme, Ausgestaltung von Sozialausgaben, Vorgehen gegen Sozialbetrug
<b>Klima und Energie</b>	Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen	Leugnung des Klimawandels und generelle Zurückweisung von Klimaschutz als politisches Ziel, der politischen Abwägung entbauter „Klima-Absolutismus“	Ausgestaltung und Gewichtung des Klimaschutzes gegenüber anderen Zielen, Abwägung nationaler und internationaler Maßnahmen
<b>GESELLSCHAFT UND KULTUR</b>			
<b>Meinungs- freiheit</b>	Meinungsfreiheit in Schrift, Wort und Bild  <u>Rote Linie:</u> Zensur und Verfolgung rechtlich zulässiger Äußerungen einerseits, verfassungswidrige Äußerungen andererseits	Außerkraftsetzung der Unschuldsvermutung als Rechtsstaatsprinzip (Delegitimierungskampagnen ohne rechtl. Grundlage; Meldestellen für Äußerungen unterhalb der Strafbarkeitsschwelle/ Denunziationskultur), Deplatforming / Cancel Culture	Umgang mit und strafrechtliche Verfolgung von Beleidigungen, Möglichkeiten der Plattformregulierung
<b>Medienpolitik</b>	Rundfunk-, Presse- und Informationsfreiheit	Pauschale Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Rede von der „Lügenpresse“, Deplatforming von freien Medien	Grundlegende Reformen und Verschlankung des ÖRR sowie Formen ihrer Umsetzung

	<b>Verfassungsgrundlagen</b>	<b>Rote Linien bürgerlicher Politik</b>	<b>Gegenstände der Debatte (Beispiele)</b>
<b>Geschichtskultur</b>	Verantwortung vor Gott und den Menschen  <u>Rote Linien:</u> Leugnung des Holocaust und Befürwortung des NS sowie Verwendung entsprechender Codes	Verharmlosung totalitärer & autoritärer Diktaturen „180 Grad-Wende“ der Erinnerungspolitik, „Schuldkult“, „Vogelschiss“, postkoloniale Tilgungskultur	Schwerpunktsetzungen deutscher Erinnerungspolitik
<b>Israel</b>	Schutz jüdischen Lebens  <u>Rote Linie:</u> Antisemitismus	Infragestellung der Existenz und des Selbstverteidigungsrechts Israels	Einschätzung konkreter Maßnahmen israelischer Politik
<b>Islam</b>	Religionsfreiheit  <u>Rote Linie:</u> pauschale Abwertung von Muslimen	pauschale Ablehnung des Islam	Differenzierte Islamkritik, Leitkulturdebatte, Verbot von Vollverschleierung und Kopftüchern für Mädchen unter 14 Jahren